



---

---

## Haushalts- und Finanzausschuss

62. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

25. September 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:05 Uhr;

14:35 Uhr bis 16:10 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Künftige Strategie der WestLB AG und aktuelle Entwicklungen bei der WestLB AG** 1

Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Johannes Ringel, und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Bernd Lühje

- Bericht des Vorstandsvorsitzenden Dr. Johannes Ringel (WestLB AG) 2

- Aussprache 14

**2 Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW vom 2. September 2003** 26

Vorlage 13/2296

Der Ausschuss debattiert über das Urteil.

---

<sup>\*)</sup> Vertraulicher Teil mit der Fortsetzung der Aussprache zu TOP 1 s. Vertr. APr 13/32

Seite

- 3 Kreditmanagement des Landes Nordrhein-Westfalen** 32  
Bericht des Finanzministeriums
- Bericht von MR Helms (FM) 32
  - Aussprache 37
- 4 Besteuerung von Wagniskapital muss international wettbewerbsfähig werden** 38  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3732
- Der Ausschuss **lehnt** den **Gesetzentwurf** ohne Aussprache mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **ab**.
- 5 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften** 38  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3930
- Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, gegenüber dem federführenden Ausschuss **kein Votum abzugeben**.
- 6 Verschiedenes** 39

- 7 Veräußerung eines Grundstücks des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW in Köln** -  
Vorlage 13/2301  
Vertrauliche Vorlage 13/21
- 8 Veräußerung des Grundstücks des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW in Bonn** -  
Vorlage 13/2302  
Vertrauliche Vorlage 13/20
- 9 Veräußerung eines Grundstücks des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW in Düsseldorf** -  
Vorlage 13/2312  
Vertrauliche Vorlage 13/22

Die Beratung dieser drei Punkte wird auf die nächste Sitzung vertagt.

- 10 Bürgerschaftsangelegenheiten** 40  
Vertrauliche Vorlagen 13/19 und 13/23

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtungen der Landesregierung ohne Aussprache zur Kenntnis.

\*\*\*\*\*



ren Ländern und der Bundesfinanzagentur. Bei den Reisen zu europäischen Finanzplätzen - die **Manfred Palmen (CDU)** in einem Zuruf anspricht -, an denen beispielsweise der Staatssekretär und Bankenvertreter teilnahmen, gehe es weniger darum, sich mehr Know-how zu verschaffen, sondern in erster Linie darum, europäische Investoren für NRW-Anleihen zu interessieren.

**Vorsitzender Volkmar Klein** dankt Herrn Helms ganz herzlich für die Präsentation der Instrumente des Schuldenmanagements. Der Ausschuss werde im Rahmen der Haushaltsberatungen auf das Thema zurückkommen.

#### **4 Besteuerung von Wagniskapital muss international wettbewerbsfähig werden**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3732

**Vorsitzender Volkmar Klein** trägt vor, diesen Antrag habe das Plenum an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie überwiesen. Letzterer habe beschlossen, kein Votum abzugeben. Die abschließende Beratung solle im HFA in öffentlicher Sitzung stattfinden.

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Auf die anschließende Frage von **Winfried Schittges (CDU)**, ob eigentlich bekannt sei, dass dieses Thema als Initiative von drei A-Ländern im Bundesrat vorgebracht worden sei, antwortet **Minister Jochen Dieckmann (FM)**, am 23. Mai sei das vom Bundesrat beschlossen worden; die Bundesregierung habe Entgegenkommen signalisiert.

#### **5 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3930

Zuschriften 13/2984, 13/2998, 13/3045, 13/3079 und 13/3082

Diesen Antrag, der vom Plenum an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden sei, habe der Unterausschuss "Personal" bereits beraten, ohne eine Empfehlung abzugeben, bemerkt **Vorsitzender Volkmar Klein**. Nach seinen Informationen sei interfraktionell abgestimmt worden, auf eine Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zu verzichten.

**Manfred Palmen (CDU)** beantragt im Namen seiner Fraktion, heute doch über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Obwohl der Gesetzentwurf der Landesregierung in Teilen zu einer vernünftigen Veränderung bestimmter Dinge führe, werde die CDU-Fraktion ihn ablehnen. Dafür seien drei Gründe ausschlaggebend.

Hauptgrund für die Ablehnung sei, dass die Probleme mit der Stellenobergrenzenverordnung wieder nicht angefasst worden seien. Der zweite Grund betreffe die Leistungsprämien. Da könne es zwar noch zu Veränderungen kommen; dies lasse sich aber noch nicht absehen, zumal es Widerstände bei den kommunalen Spitzenverbänden gebe. Das dritte Problem sei die vorgesehene Befristung auf fast siebeneinhalb Jahre, obwohl das Kabinett im März beschlossen habe, alles auf fünf Jahre zu befristen.

**Gisela Walsken (SPD)** appelliert an die CDU-Fraktion, entsprechend der im Vorfeld getroffenen Verabredung auf eine Empfehlung zu verzichten. Hintergrund dafür sei die Überlegung, die Diskussionen dem Fachausschuss zu überlassen. Dort werde es auch noch Änderungsanträge geben.

**Angela Freimuth (FDP)** hält es nicht für sinnvoll, ohne inhaltliche Beratung über den Gesetzentwurf abzustimmen. Gegebenenfalls müsse man die Beratung vertagen.

**Edith Müller (GRÜNE)** beantragt, den Gesetzentwurf ohne Votum zurückzugeben.

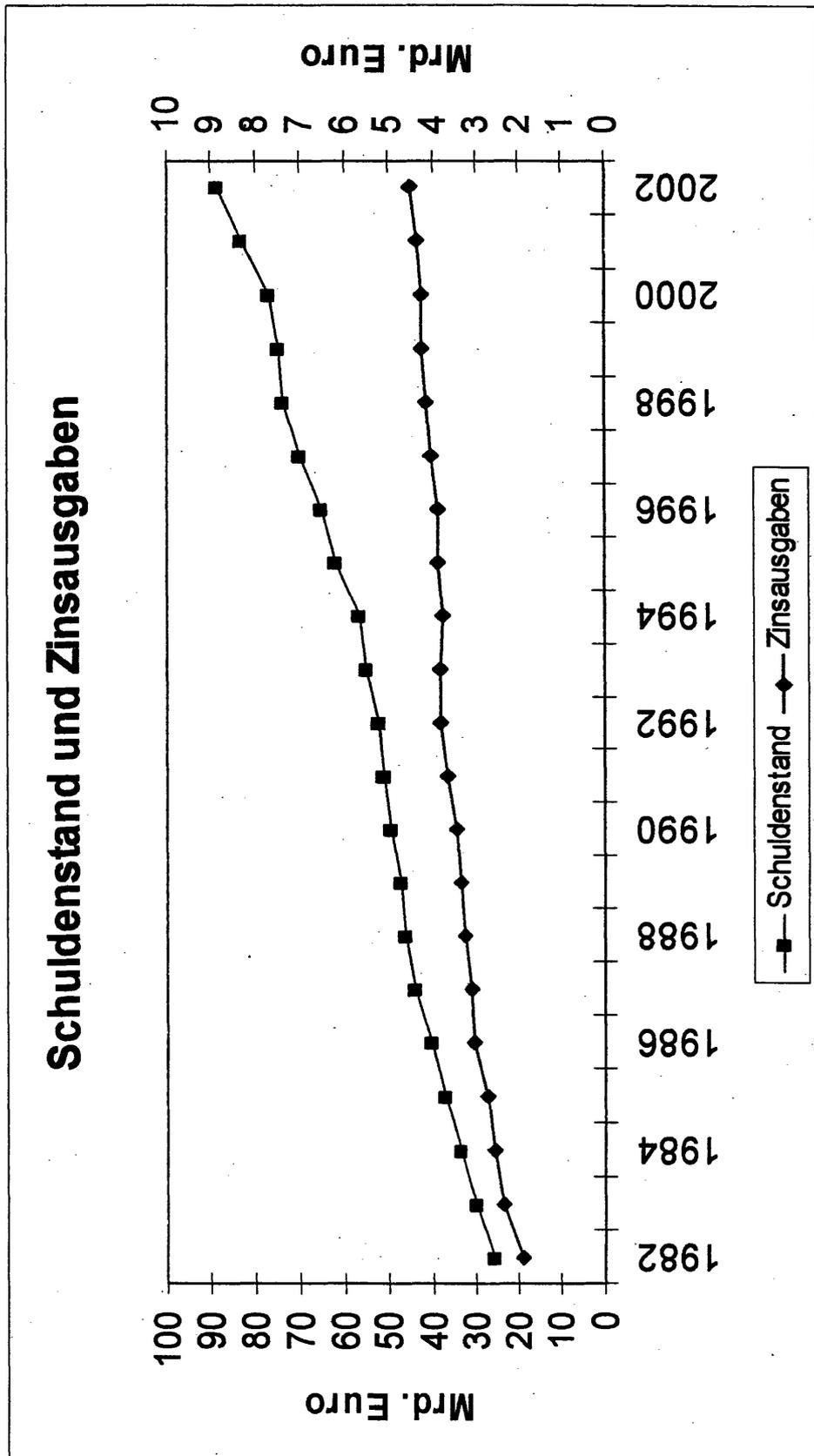
**Vorsitzender Volkmar Klein** lässt über diesen Antrag, weil er der weiter gehende sei, zuerst abstimmen. - Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der CDU, kein Votum abzugeben.

## 6 Verschiedenes

**Vorsitzender Volkmar Klein** teilt mit, die CDU-Fraktion habe Fragen zu Art und Umfang von Verlustvorträgen im Rahmen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes II an das Finanzministerium gerichtet. Er schlage aus Zeitgründen eine schriftliche Beantwortung vor.

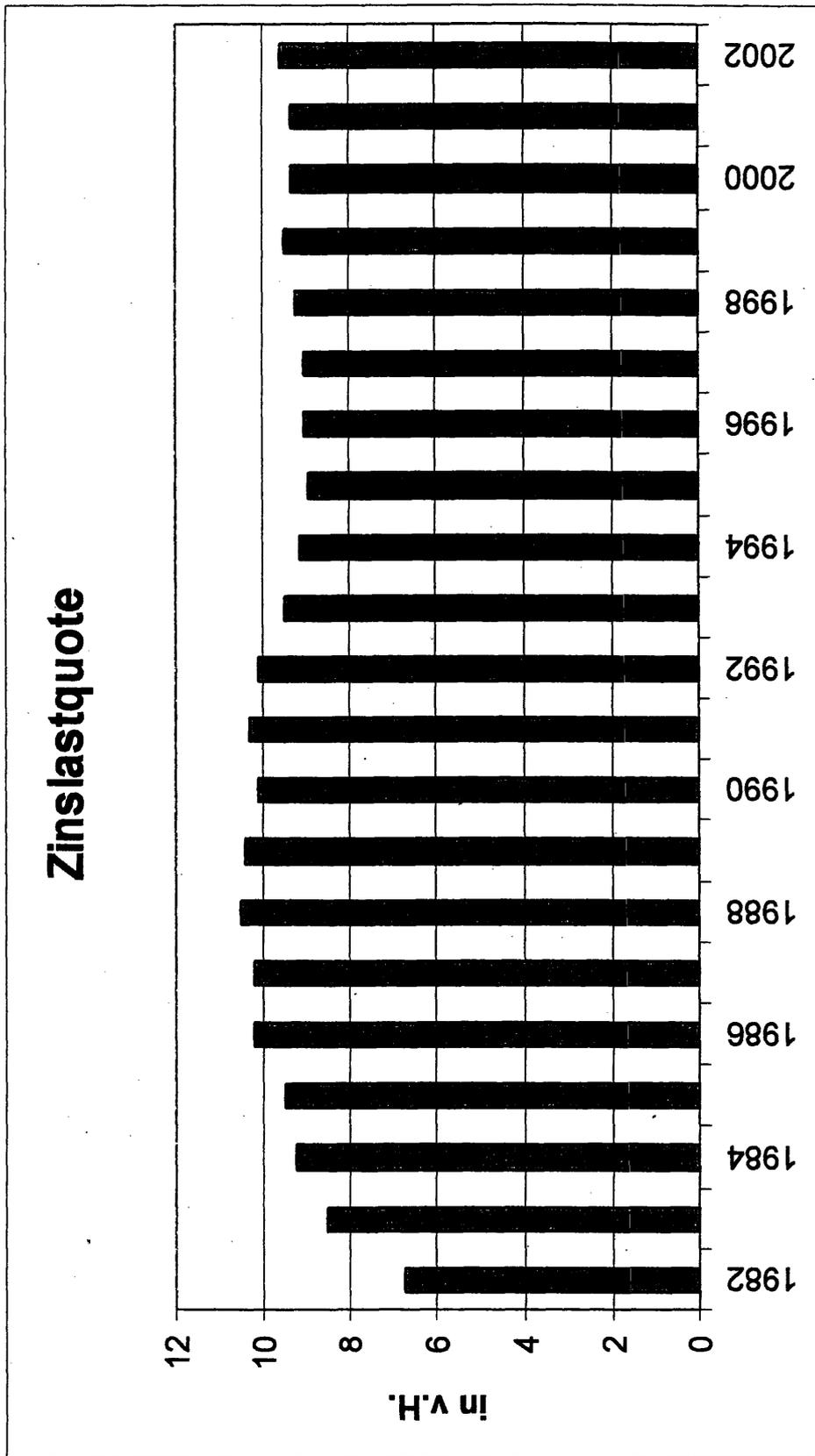
Weiter macht er darauf aufmerksam, dass der Vorstandsvorsitzende der WestLB AG, Dr. Ringel, den Wunsch geäußert habe, das vertrauliche Protokoll über die heutige Sitzung zu erhalten. Um Schwierigkeiten mit der Archivordnung aus dem Weg zu gehen, schlage er vor, schon jetzt einen entsprechenden Beschluss zu fassen. - **Minister Jochen Dieckmann (FM)** empfiehlt, diesen Beschluss auf den Aufsichtsratsvorsitzenden, Dr. Lüthje, auszudehnen. - Der **Vorsitzende** hält das ebenfalls für sinnvoll und lässt darüber abstimmen. - Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, dass Herr Dr. Ringel und Herr Dr. Lüthje das Protokoll über die vertrauliche Sitzung erhalten sollen.

Ausgangslage und Aufgabenstellung



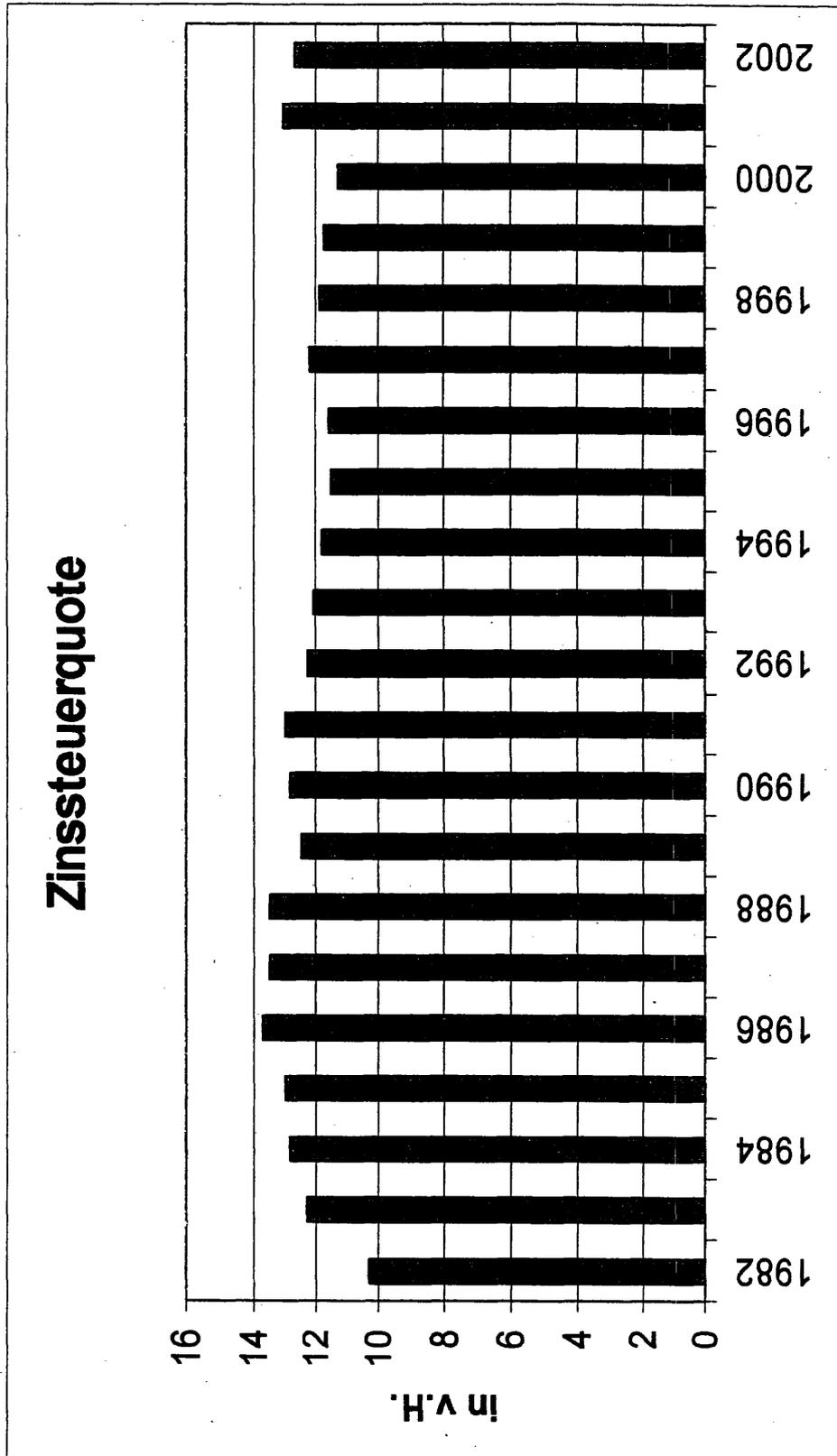


Ausgangslage und Aufgabenstellung



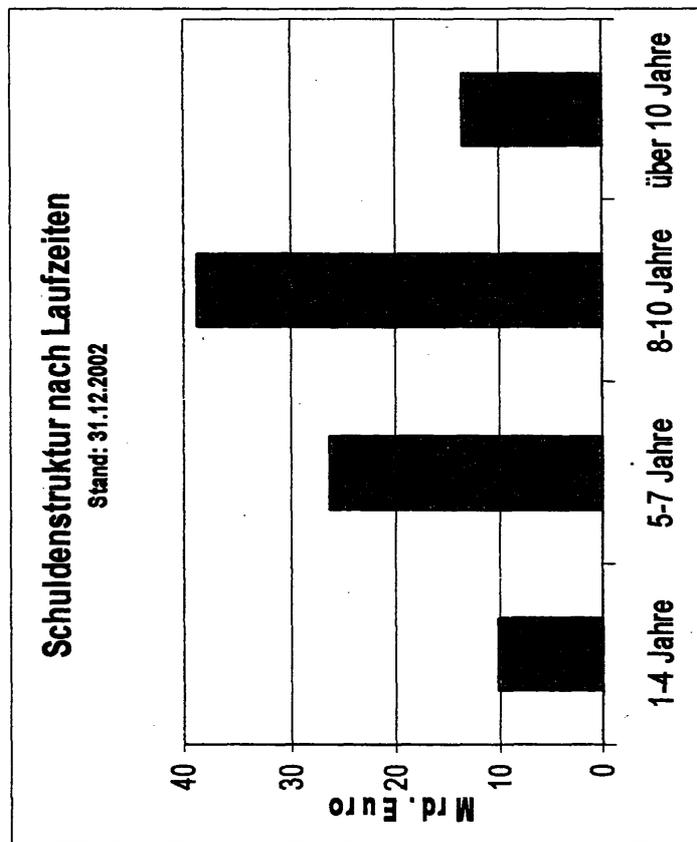
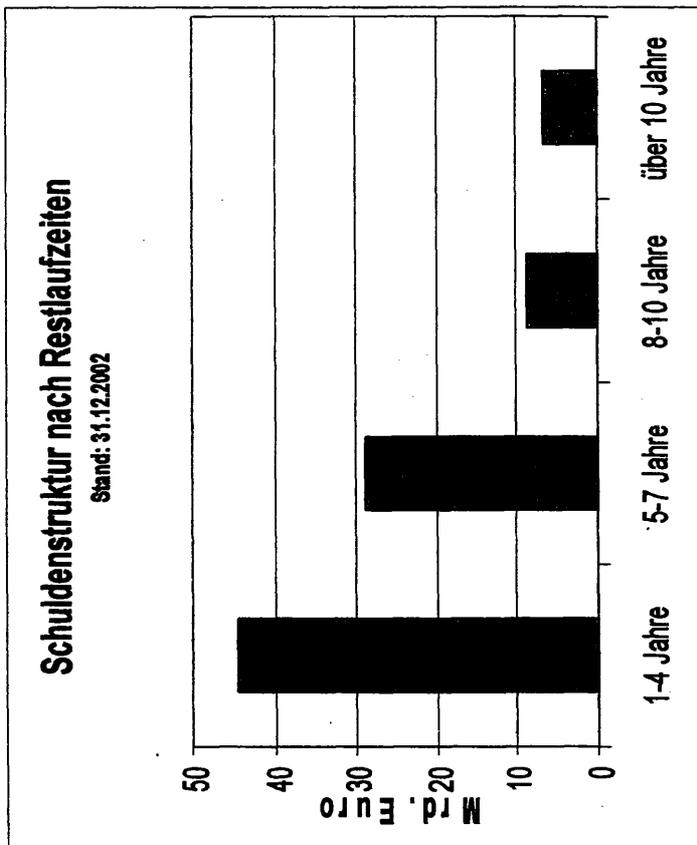


Ausgangslage und Aufgabenstellung



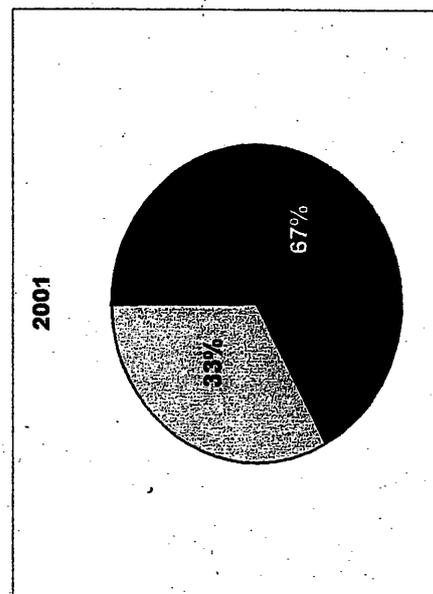
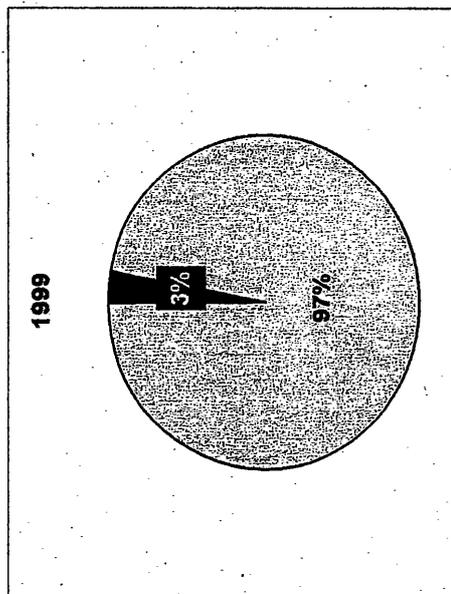
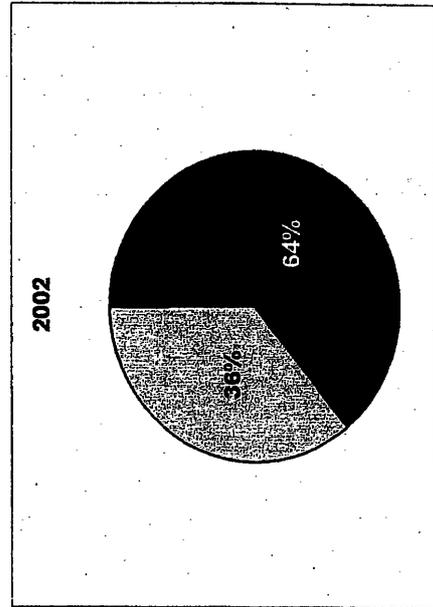
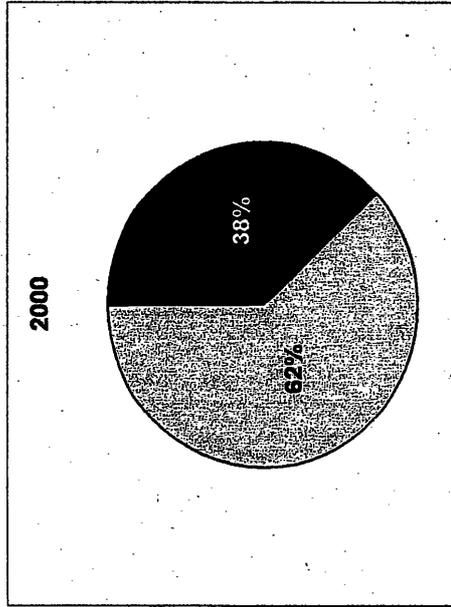


Ausgangslage und Aufgabenstellung





Instrumente der Kreditbeschaffung



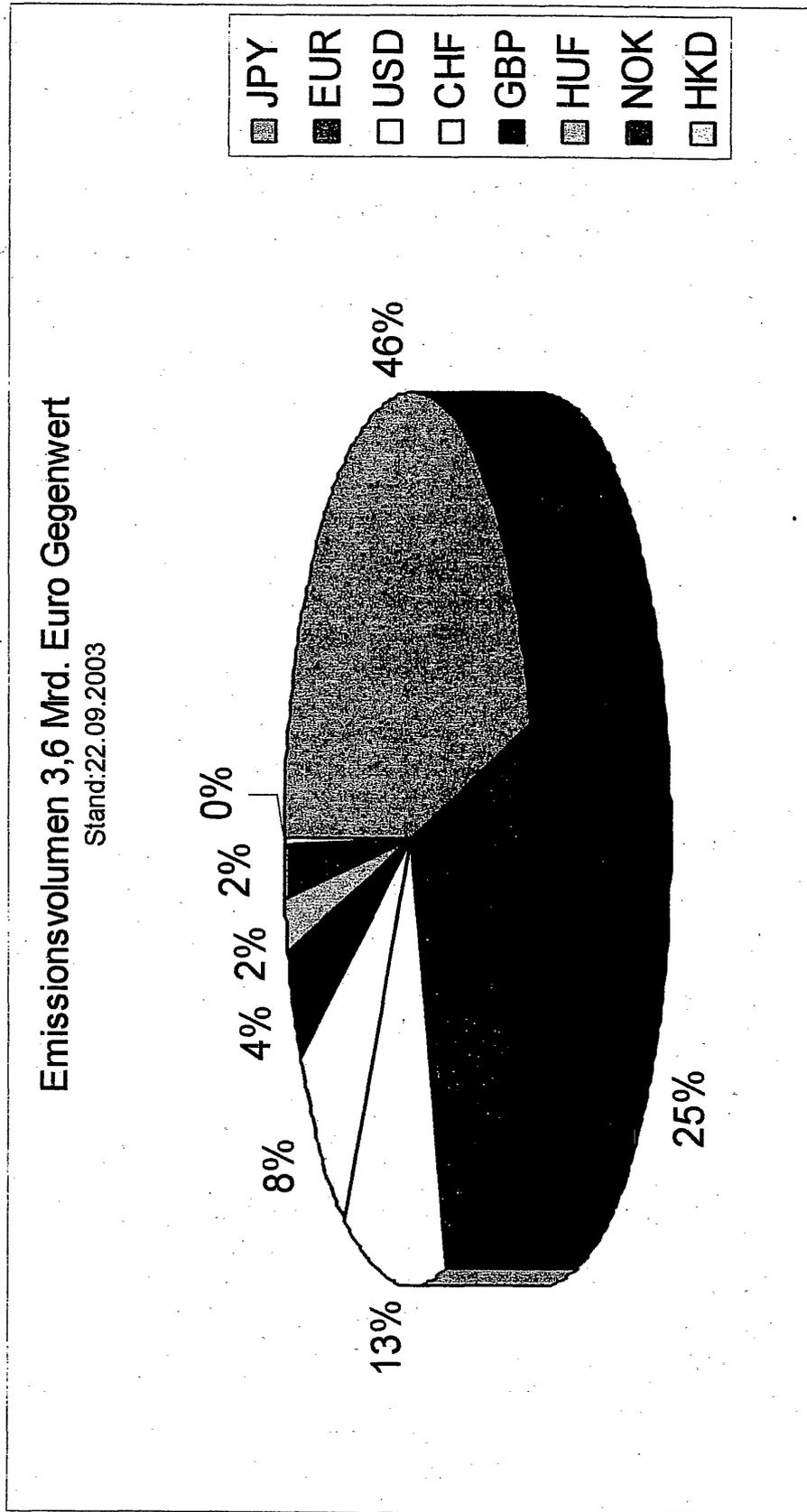
 Schuldschein

 Landesschatzanweisung



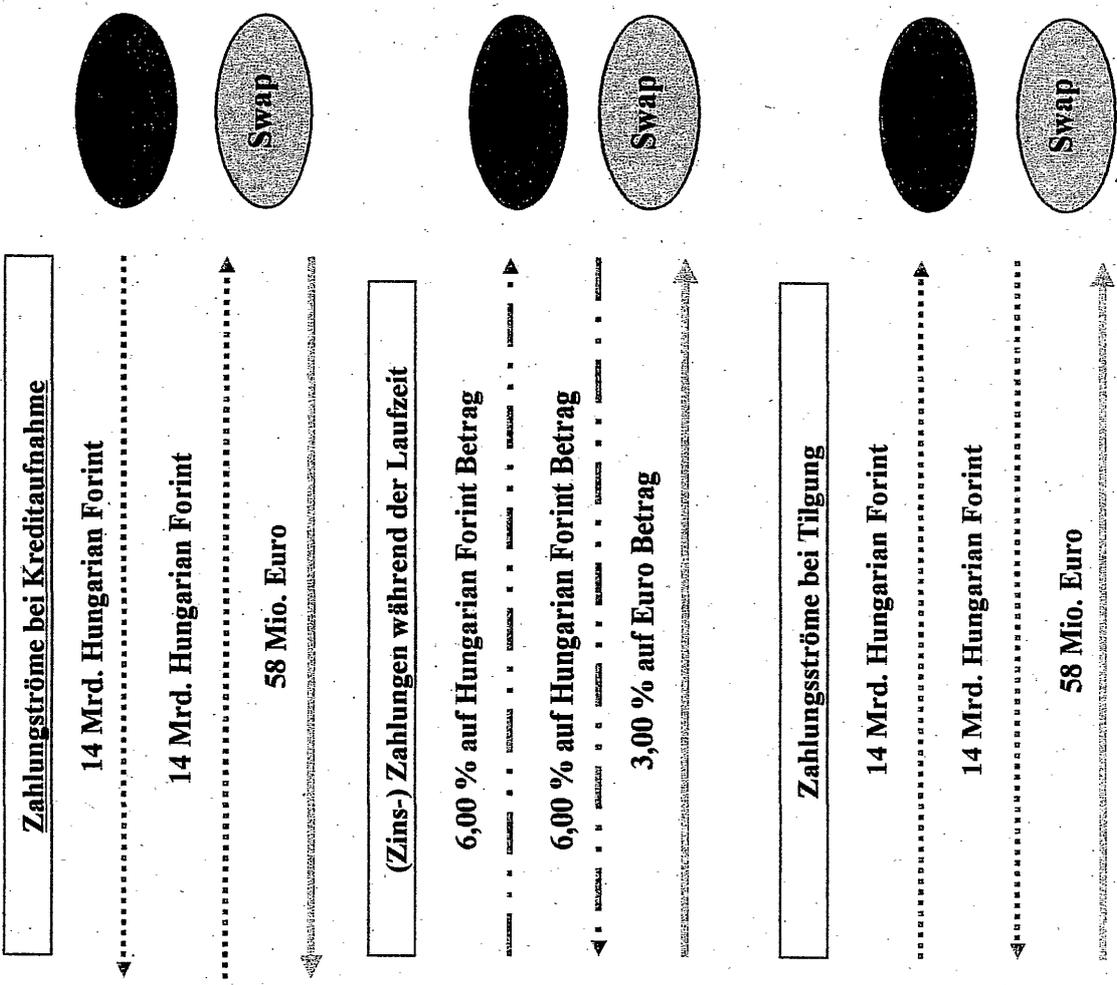
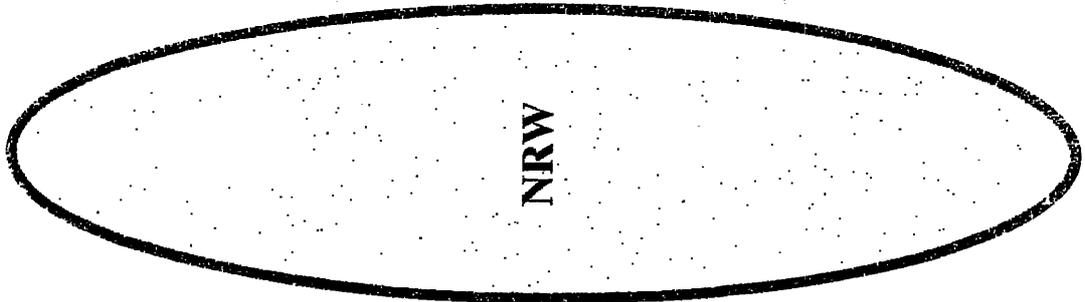
Instrumente der Kreditbeschaffung

## Debt Issuance Programme



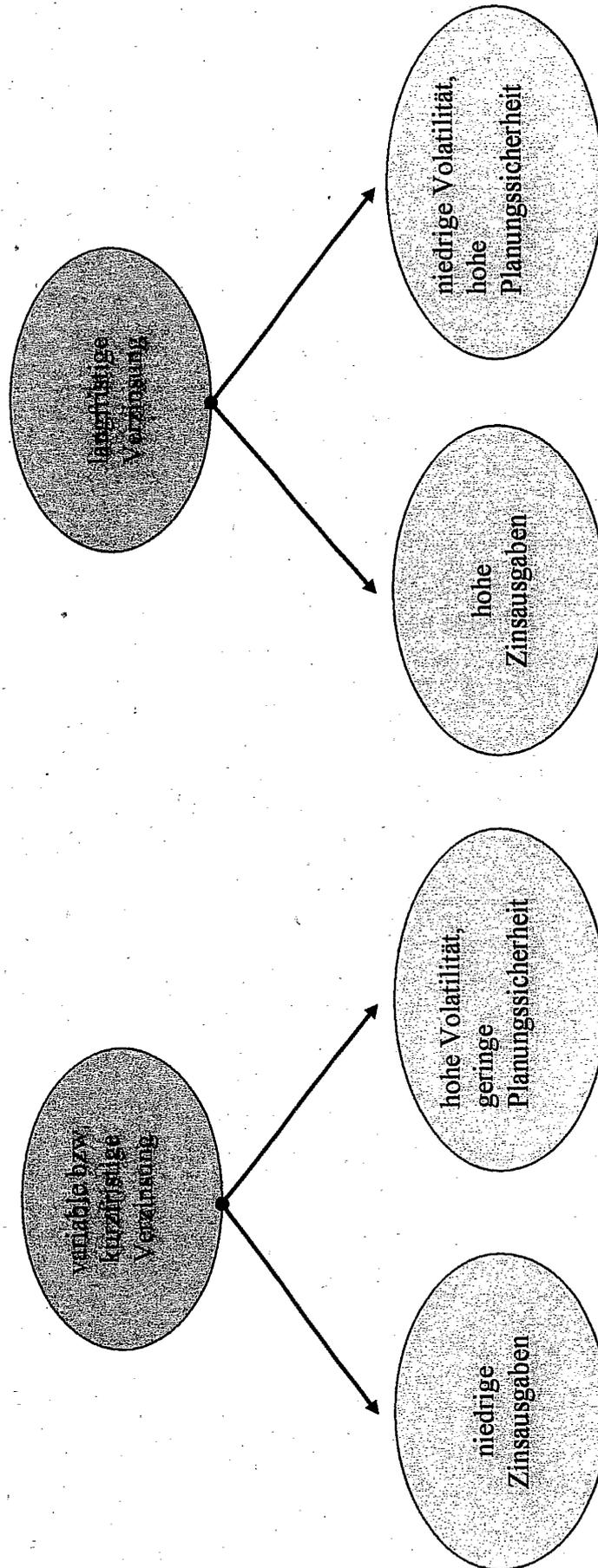


# Exkurs: Zins- und Währungsswap





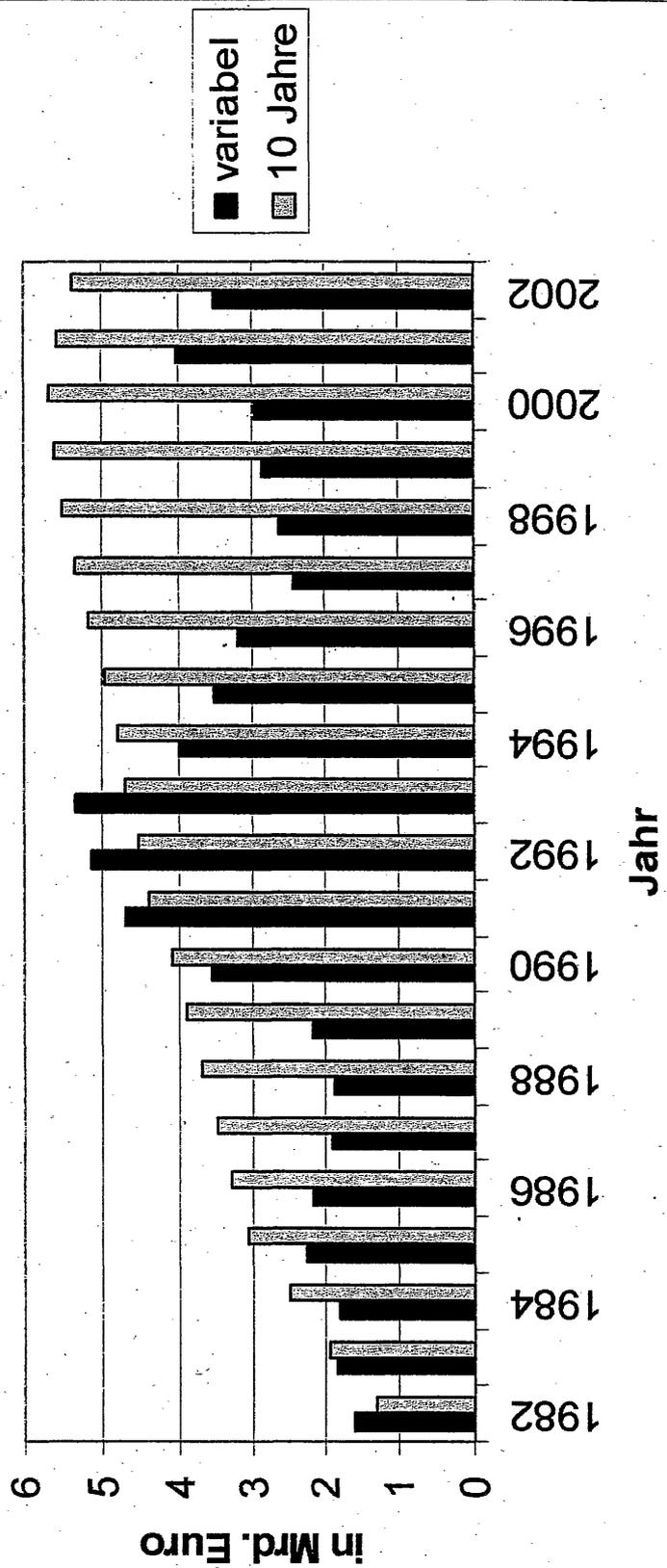
Zinsausgabensteuerung





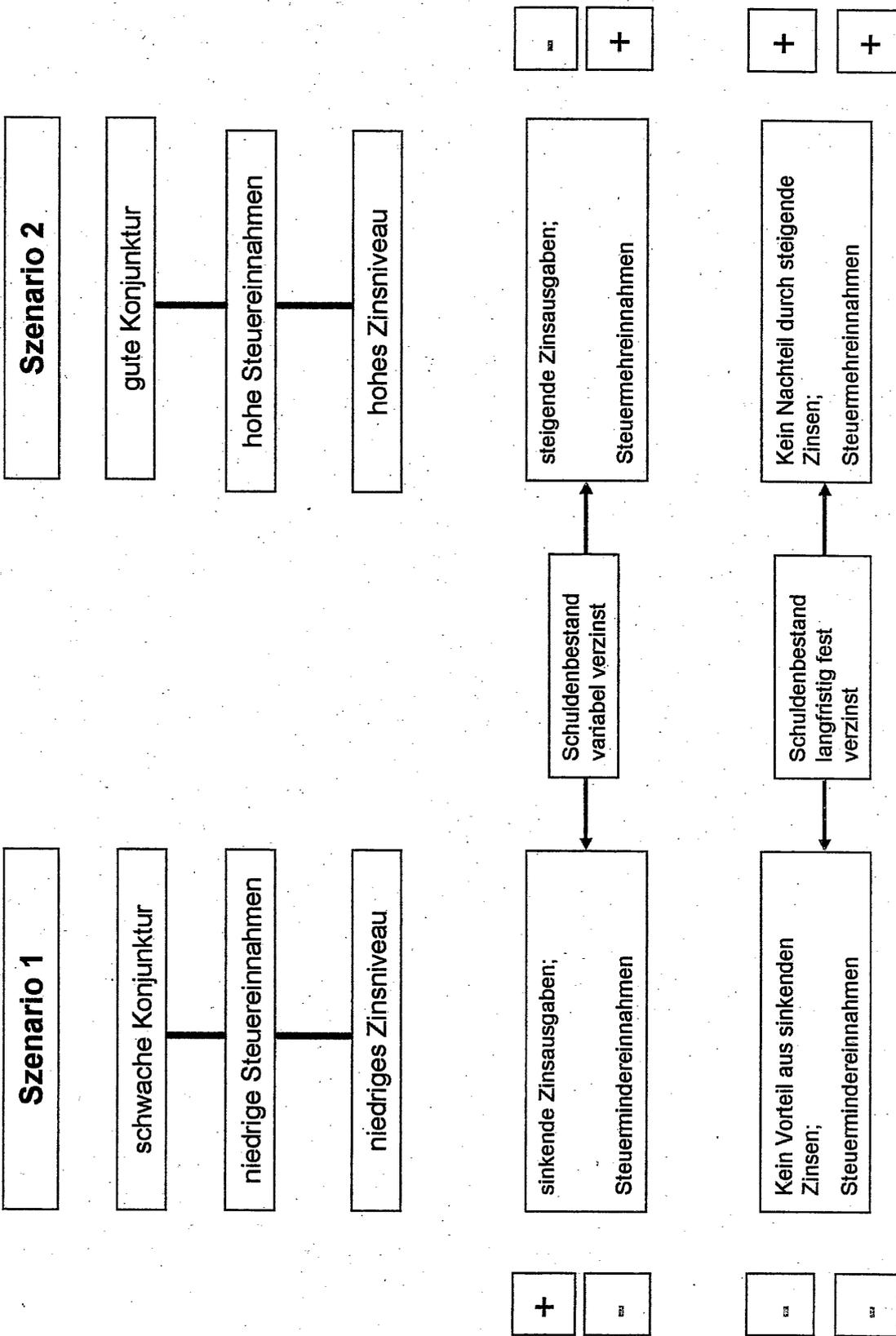
Zinsausgabensteuerung

### fest oder variabel ? Musterportfolio





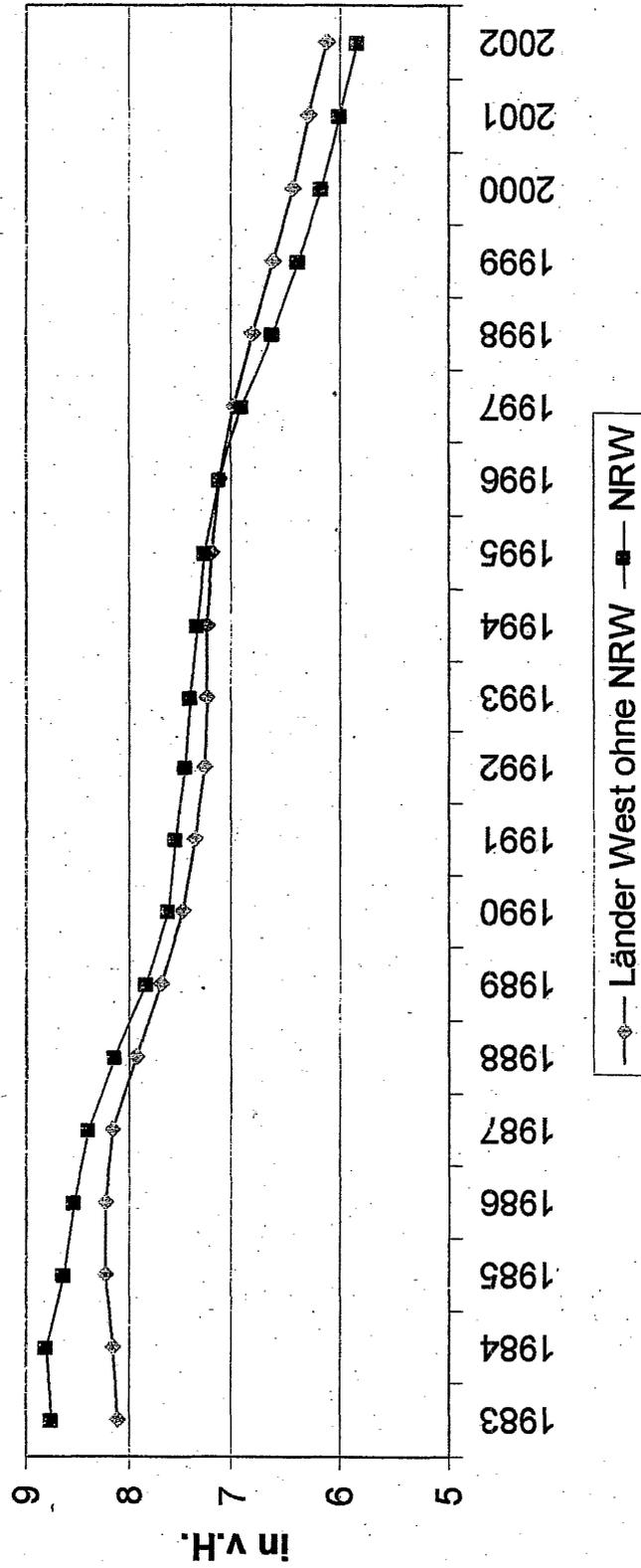
Zinsausgabensteuerung





Kontrolle und Erfolgsmessung

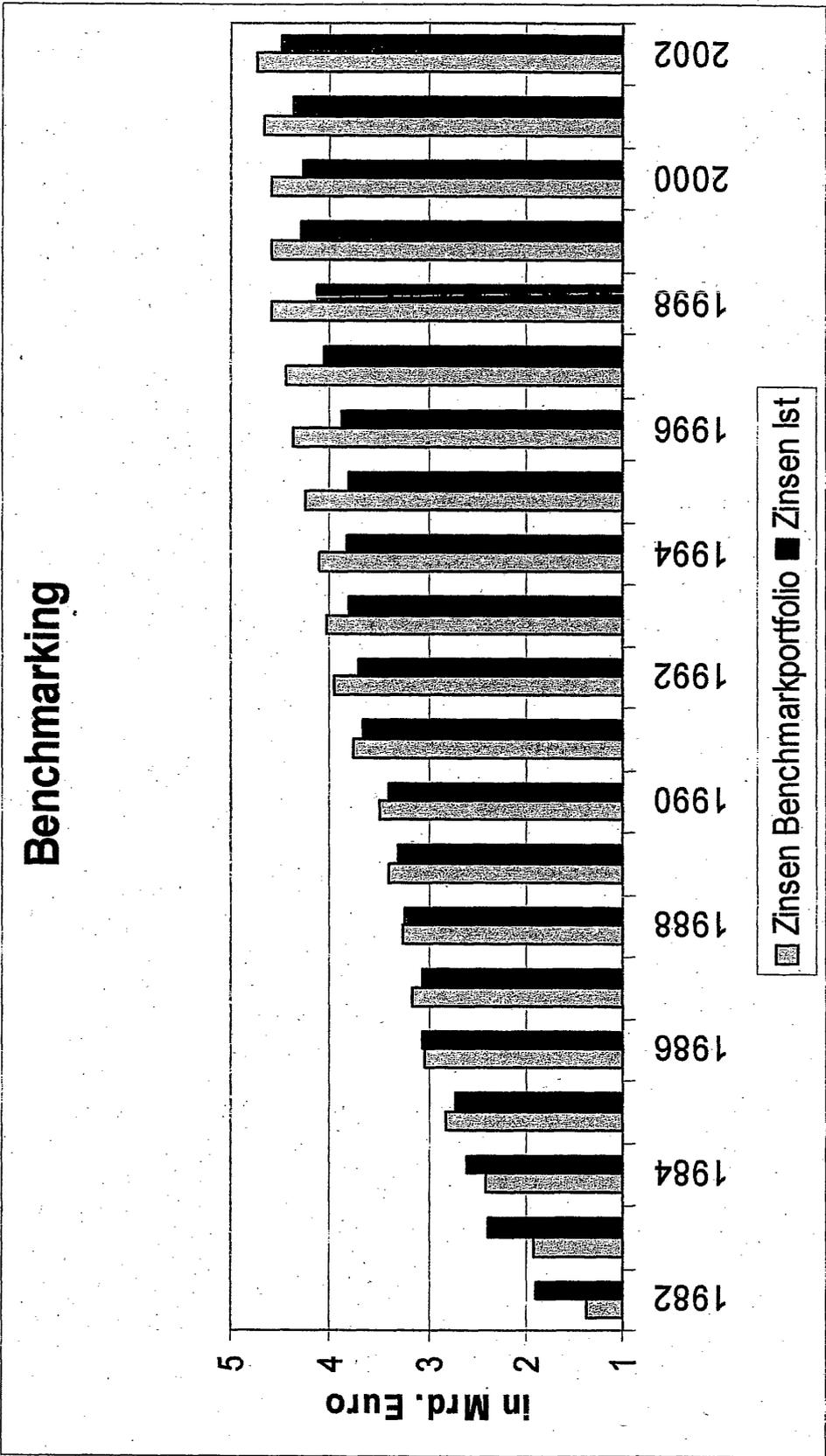
### Zinsausgaben in Relation zum Schuldenstand gleitender 6-Jahres-Durchschnitt





Kontrolle und Erfolgsmessung

# Benchmarking





## Kontrolle und Erfolgsmessung Internationale Kapitalmarktauszeichnungen



Municipal Bond in Euros 2001  
North-Rhine Westphalia  
€ 2 bn 4.25% February 2007

„In a year when it became painfully evident that German states could no longer rely solely on domestic investor demand, the Land of North-Rhine Westphalia (NRW) adjusted particularly well to the changed environment. It issued two benchmarks, a € 3 bn 10-year bond and a 4.25% € 2 bn issue due February 16, 2007. The latter wins IFR's Municipal Bond in Euros award.

Both deals were highly successful, while the 20% placement share in Asia was the deciding factor in favour of the shorter issue. This is a real achievement for a euro-denominated bond from a borrower presenting itself for the first time outside Europe.“

Quelle: IFR Review of the Year 2001



Regional Authority Bond in Euros 2002  
North-Rhine Westphalia  
€ 2 bn 4.00% February 2008

„North-Rhine Westphalia's E2bn 4% bond due 2008 set new performance standards in the sector for bond issuance from regional authorities. Launched in a difficult environment, the deal was heavily oversubscribed and the spread tightened immediately by 1.5 bp. The borrower's aim of diversified international placement was fully reached, with more than 50% taken up by foreign investors.

It is IFR's Regional Authority Bond in Euros“

Quelle: IFR Review of the Year 2002



Kontrolle und Erfolgsmessung

## Internationale Kapitalmarktauszeichnungen



„Land Nordrhein Westfalen set up its programme late last year but has won the respect of its dealers with an innovative and flexible issuance strategy....

NRW has quickly established itself in the market and impressed in number of ways.....

NRW is a strong credit and has in a short period of time established itself as key EuroMTN borrower in this sector....

NRW's success, however, is based on more than a sound name and good timing. Bankers feel that, from the start, the issuer's approach to the market has been exemplary....

New EMTN Borrower  
of the year 2002  
North-Rhine Westphalia

Quelle: EuroWeek March 2003